



Montag, 28. Juni 1976

Blatt 1382

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat  
(rosa)

Lokal: Beginn der Fahrten ins Grüne  
(orange) Rathauslehrling gewann Flugreise

Kultur: Arena-Geschehen soll ausgebaut werden  
(gelb)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

## beginn der fahrten ins gruene

1 wien, 28.6. (rk) kommenden donnerstag, den 1. juli, startet die stadt wien die bereits in den vergangenen jahren erfolgreich durchgefuehrte aktion ''fahrt ins gruene''. auch heuer wieder wird ein autobusdienst den betagten bewohnern der bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 die moeglichkeit bieten, waehrend der beiden sommermonate juli und august erholungsgebiete am stadtrand aufzusuchen. die autobusse werden taeglich von montag bis freitag, jeweils um 13.30 uhr, von den bezirkssozialreferaten abfahren. ausflugsziele sind erholungsstaetten im umkreis von 30 kilometer rund um wien, wie zum beispiel laxenburg, die burg liechtenstein, die seegrotte bei moedling, das wassergspreng, greifenstein, der leopoldsberg, bisamberg und der lainzer tiergarten.

die kosten dieser aktion - eine vorherige anmeldung ist nicht notwendig - traegt die stadt wien. (zi)

0952

L o k a l :

=====

## rathauslehrling gewann flugreise

3 wien, 28.6. (rk) die preisverteilung fuer die gewinner der rundfunksendung "urteil vorbehalten" nahm montag sektionschef dipl.-ing. walter m o l z e r in vertretung von unterrichtsminister dr. fred sinowatz im audienzsaal des bundesministeriums fuer unterricht und kunst vor. der erste preis, eine flugreise nach london, ging an den schueler der berufsschule fuer buero- und industriekaufleute erich c h r o m e c e k . aus den insgesamt 4.656 einsetzungen wurden 7 preistraeger ermittelt, unter denen sich vier rathauslehrlinge befinden, eine weitere gewinnerin kommt aus der modeschule hetzendorf der stadt wien. der schulfunkquiz wurde waehrend des schuljahres 1975/76 ausgestrahlt und hatte handels- und gesellschaftsrechtliche themen zum inhalt. (ba)

1130

## Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 28.6. (RK) Bürgermeister Leopold Gratz eröffnete Montag die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Es lag eine Anfrage der FPÖ sowie ein Antrag über die technische Überprüfung von Einsatzfahrzeugen vor. Da Gemeinderat Prof. Sackmayer, dessen Verdienste Bürgermeister Gratz ausführlich darlegte, aus dem Gemeinderat ausschied, wurde als neuer Gemeinderat Dr. Erwin Nowak (SPÖ) angelobt.

Rechnungsabschluß

Wien ist weder eine arme noch eine reiche Stadt, sondern befindet sich in ähnlicher Lage wie andere Gebietskörperschaften. Gegenwärtig reichen die Geldmittel aus, um die Anforderungen zu erfüllen. Über eine längere Frist steigen jedoch die Aufgaben viel rascher als die Einnahmen. Der Wiener Gemeinderat werde sich daher verschiedene Maßnahmen zur Bewältigung dieser Situation überlegen müssen. Eine davon wird sicherlich die konsequente Vertretung der Interessen Wiens für den neuen Finanzausgleich sein. Dies erklärte Finanzstadtrat Hans Mayr (SPÖ) zum Rechnungsabschluß.

Mit der im Budget 1975 vorgezeichneten Politik ist es gelungen, die Auswirkungen der internationalen Rezession in Wien gering zu halten. Dies war, so Mayr, sicherlich nicht das Verdienst einer Gebietskörperschaft allein, sondern das Zusammenwirken aller, einschließlich der Sozialpartner. Für Wien ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes besonders erfreulich. Während 1974 rund 20 Prozent des österreichischen Zuwachses der inländisch Beschäftigten auf Wien entfiel, waren es 1975 bereits mehr als ein Drittel. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1976 stieg in Wien die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 9.000. Damit entfallen auf Wien mehr als 50 Prozent des österreichischen Zuwachses.

Gegenüber dem Budget 1975 weist der Rechnungsabschluß bei den Einnahmen eine Zunahme von 986 Millionen und bei den Ausgaben eine Zunahme von 751 Millionen aus. Das im Budget präliminierte

Defizit von 359,1 Millionen verringert sich daher um 235,5 Millionen auf 123,6 Millionen. Die Verschuldung stieg um 3,7 Milliarden auf 19,7 Milliarden an.

Die Stadt Wien hat Rücklagen in der Höhe von 4,1 Milliarden, das ist eine Erhöhung gegenüber Ende 1974 um rund 600 Millionen. Für den Hochwasserschutz wurden weitere 165 Millionen der zweckgebundenen Rücklage zugeführt. Der Grund liegt im wesentlichen darin, daß zwischen der Stadt Wien und der Österreichischen Mineralölverwaltung ein Rechtsstreit über die Verlegung einer Leitung besteht. Die Rücklage für das AKH in der Höhe von 150 Millionen S wird die neue Errichtungs- und Planungsgesellschaft heuer verbrauchen. Die beim U-Bahn-Bau nicht verbrauchten 243 Millionen werden für eine neue Straßenbahnlinie nach Liesing und Siebenhirten verwendet. Diese Linie, die später ohne besondere Umbauten auch als U-Bahn geführt werden kann, wird die bestehende Autobuslinie 64 entlasten und dem Bezirk Liesing einen attraktiven Verkehrsanschluß bringen.

Die starke Inanspruchnahme der Wohnungsverbesserung durch die Bevölkerung strich Mayr besonders hervor. Diese Tendenz verstärkte sich 1976 weiter. In kurzer Zeit werden die für das heurige Jahr zur Verfügung stehenden Mittel voll ausgeschöpft sein. Mayr sprach sich für eine neuerliche Dotierung durch den Bund aus.

Der Kontrollamtsbericht zum Rechnungsabschluß zeigt ein starkes Steigen der Ausgaben im Gesundheitswesen. So stiegen allein die Investitionen gegenüber 1974 um 32 Prozent. Ein Beispiel für die Notwendigkeit der Kritik des Kontrollamts ist die Heilquelle Oberlaa. Auf Grund des Kontrollamtsberichtes sind nun die Anfangsschwierigkeiten überwunden. Beim Zuwandererfonds wurden die notwendigen Konsequenzen gezogen: der Geschäftsführer wurde abgelöst, und das Rechnungswesen sowie die Mietverhältnisse wurden von der neuen Geschäftsführung eindeutig in Ordnung gebracht. Der Zuwandererfonds ist ein Beispiel dafür, daß Unzukömmlichkeiten nicht unter den Teppich gekehrt werden dürfen, erklärte Mayr.

#### Debatte zum Rechnungsabschluß

Der vorliegende Rechnungsabschluß gäbe durchaus keinen Anlaß zur Selbstzufriedenheit, wie sie in den letzten zwei Wochen von der Rathausmehrheit zur Schau getragen wurde, erklärte als erster Redner in der Generaldebatte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Bewunderung

verdiene jedoch die Leistung der Wiener Steuerzahler, die im vergangenen Jahr trotz einem Rückgang der Wirtschaft um zwei Prozent beträchtliche Mehrleistungen an Steuern erbrachten, die besonders bei den Gemeindeabgaben wie bei der Gewerbesteuer, der Getränkesteuer und Grundsteuer bis zu dreißig Prozent erreichten. Trotz dieser relativ günstigen Einnahmenentwicklung ist jedoch der Schuldenstand der Stadt Wien enorm gestiegen - sagte Dr. Hirnschall. Er werde mit 15,7 Milliarden S ausgewiesen, das sei um 3,5 Milliarden mehr als im Vorjahr. Eine Aussendung der "Rathaus-Korrespondenz" vor einigen Wochen, in der das Defizit mit nur 123 Millionen S angegeben worden sei, müsse daher als irreführend angesehen werden. Von den Milliarden-Schulden werde dort nämlich kein Wort gesagt. Das müsse man aber, um der Öffentlichkeit ein richtiges Bild über die Situation zu vermitteln.

Die Wiener Finanzpolitik wurde im vergangenen Jahr nach der Devise gemacht - Schuldenmachen, um Rücklagen zu bilden, erklärte Hirnschall weiter. Diese Politik werde wenig Verständnis finden. So wäre eine Viertelmilliarde für den U-Bahn-Bau nicht verbraucht worden und als Sonderrücklage zurückgestellt worden. 165 Millionen seien beim Hochwasserschutz übriggeblieben. Beim AKH seien im letzten Augenblick 155 Millionen eingesetzt worden, aber nicht mehr verbaut worden. Im Bereich der Abwasserbauten seien 80 Millionen übriggeblieben. Aus all dem ergibt sich die Frage nach dem Zinsenverlust durch diese seltsame Finanzpolitik. Zu hohen Zinsen werde Geld aufgenommen und zu sicher ungünstigeren Bedingungen angelegt. Diese Finanzpolitik widerlege auch die sozialistische Behauptung, daß die günstige Beschäftigungslage in Wien ein Verdienst der Stadtverwaltung sei. Tatsächlich sei die Rezession in Wien weniger spürbar gewesen, weil sich der tertiäre Wirtschaftsbereich - die Zentralverwaltung - im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders spürbar auswirke.

Zur Frage des Finanzausgleichs, die der Finanzstadtrat vor zwei Wochen zur Diskussion gestellt hätte, sagte Hirnschall, daß er den gewählten Zeitpunkt für sehr ungünstig halte: Es entstehe der Eindruck, daß die Stadt Wien die durch den Bauring entstandenen Verluste auf Kosten der kleineren Gemeinden hereinbringen wolle. Es sei selbst-

verständlich, daß die Spitalsfinanzierung auf eine neue Basis gestellt werden müsse. Das sei eine Existenzfrage für alle spitalerhaltenden Gemeinden. Der heste Weg wäre, Normkosten für bestimmte Spitalstypen aufzustellen und nicht die Größe des Defizits zu berücksichtigen. Natürlich müsse es auch einen gegenseitigen Lastenausgleich für Patienten anderer Bundesländer geben.

Was den Nahverkehr betrifft, hätten gerade die Bundesbahnen ihre Aufgaben nicht erfüllt, und für die nächsten Jahre seien keine wesentlichen Verbesserungen zu erwarten. (smo)

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) bezeichnete den Rechnungsabschluß als einen Katalog von Versäumnissen. Von dem ohnehin nur spärlich erstellten Konjunkturausgleichsbudget in der Höhe von 698,8 Millionen Schilling seien nur 360,5 Millionen Schilling genützt worden. Auch sei der Einsatz zum Teil zu spät erfolgt. So sei sogar für die von der Rezession besonders betroffene Bauwirtschaft weniger ausgeben worden, als auf Grund des Budgets zur Verfügung gestanden wäre. Dadurch sei die Erzielung eines antizyklischen Effekts versäumt worden. Namentlich im Bereich der Infrastruktur seien große Mittel ungenützt geblieben. Beispiele für derartige Versäumnisse seien der Brückenbau und die Brückenerhaltung, die Kanalisation, der Straßenbau und der U-Bahn-Bau. Wöber kritisierte, daß für den U-Bahn-Bau vorgesehene Mittel für die Straßenbahn verwendet worden seien. Auch der Umstand, daß von den für den Bereich Kultur, Jugend und Bildung vorgesehenen Mitteln 228 Millionen "abgezweigt" worden seien, sei symptomatisch für die Diskrepanz zwischen Programm und Wirklichkeit sozialistischer Kommunalpolitik.

Wöber stellte fest, daß die Ertragsanteile Wiens aus dem Finanzausgleich in den letzten Jahren ständig gesunken seien. Während 1967 - unter einer ÖVP-Bundesregierung - noch 40 Prozent, 1971 immerhin noch 38,8 Prozent des Wiener Budgets aus dem Finanzausgleich finanziert worden seien, sei dieser Anteil 1975 laut Voranschlag auf 36,6 Prozent, laut Rechnungsabschluß auf 33,3 Prozent gesunken.

Wöber kritisierte, daß so getan werde, als ob die Finanzen ausgeglichen seien. So werde offiziell von einem Defizit in der Höhe von 123 Millionen gesprochen. Tatsächlich sei aber die Verschuldung von 12,87 auf 15,76 Milliarden gestiegen.

Das angegebene Defizit sei in Wahrheit eine rein buchhalterische Größe, tatsächliche budgetäre Zusammenhänge würden nicht erhellt.

Das aufgestellte Geldinventar der Stadt Wien sei falsch, da darin die Beteiligung am Bauring zum Nennwert geführt werde, obwohl dessen Stammkapital in Wahrheit bereits verwirtschaftet worden sei. Wöber brachte in diesem Zusammenhang den von der ÖVP bereits in der gemeinsamen Sitzung von Stadtsenat und Finanzausschuß gestellten Antrag auf Neuvorlage des Geldinventars zur Kenntnis.

Der gestiegene Kassastand sei auf Aufnahmen zu hohen Zinsen zurückzuführen.

Wöber kritisierte den Stil der Finanzierung und bezeichnete Auslandsanleihen zu einer Zeit, da der inländische Markt genügend liquid sei, als problematisch und inflationsfördernd.

Wöber bedauerte, daß der Kontrollamtsbericht zu zwei wesentlichen Punkten, nämlich dem Bauzustand der Wiener Brücken und dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses, keine Stellung beziehe. Er brachte den Antrag ein, daß das Kontrollamt Sonderüberprüfungen vornehmen soll. Der Bericht über die Brücken sollte dem Gemeinderat als Basis für den Beschluß eines Brückensanierungsprogrammes dienen.

Die ÖVP werde dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen. (ger)

GR. Sallaberger (SPÖ) verurteilte die politische Neinsager-Rolle der ÖVP im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluß. Ihre Vorschläge könnten auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden: Viel weniger Steuern einheben, aber mehr Geld ausgeben. Dann beleuchtete der Debattenredner die wirtschaftliche Situation Wiens im Hinblick auf den härtesten Rückschlag der Konjunktur und stellte fest, daß die Region Ostösterreich besser dastünde als das übrige Österreich. Während das Negativwachstum 1975 zwei Prozent betragen habe, konnten in Wien um 21.000 Beschäftigte mehr als 1974 registriert werden.

Daß die Wiener Wirtschaft der Entwicklung durchaus optimistisch gegenüberstehe, zeige sich unter anderem bei den Kreditaktionen der Stadtverwaltung: 1975 wurden nämlich bis zu hundert Prozent mehr Ansuchen gestellt als in den Jahren zuvor. Während 1974 bei den Existenzgründungskrediten 480 Anträge eingebracht wurden, waren es 1975 838 Anträge. Die Zahl der Portalkredite stieg im gleichen Zeitraum von 500 auf 1208.



Man dürfe den Rechnungsabschluß nicht nur als eine nüchterne Aufstellung von Zahlen betrachten, meinte GR. Sallaberger, und zählte auf, welche Realitäten dahinterstehen. In Wien wurde 1975 an folgenden Projekten gearbeitet: 16 Sport- und Spielplätzen, 17 Kinderheimen, 32 Schulen, 6 Pflegeheimen, es wurden 55-U-Bahn-Garnituren angeschafft, weiter eine Million Quadratmeter Fahrbahnen verlegt sowie 27 Kilometer Kanäle und 42 Kilometer Wasserrohre, ausserdem wurden 2.400 neue Wohnungen gebaut.

In Anbetracht der Tatsache, daß in Wien 22 Prozent der Bevölkerung Österreichs wohnen, 26 Prozent der Beschäftigten arbeiten und in der Bundeshauptstadt 30 Prozent des Bruttonationalprodukts erwirtschaftet werden, brachte GR. Sallaberger einen Antrag ein: Wien müsse bei der Neuverteilung der Mittel des Finanzausgleichs jener Anteil gesichert werden, der dem Umfang der Aufgaben gerecht wird. Die sozialistische Fraktion werde dem Rechnungsabschluß zustimmen. (we)

Einen "Bauringskandal im Kleinen" nannte Gemeinderat Dr. Hirnschall (FPÖ) die Vorgänge beim Zuwandererfonds. Für acht Althäuser mit einem Schätzwert von 5,6 bis 5,8 Millionen wurden 13,2 Millionen bezahlt. Auch der eigentliche Zweck, chilenischen Flüchtlingen und russischen Israel-Rückkehrern in Wien eine Wohnungsmöglichkeit zu geben, wurde nicht erreicht. In den Objekten waren nur ganz wenige Wohnungen verfügbar, so daß nur sieben chilenische und zwei russische Familien untergebracht werden konnten.

Hirnschall fragte nach den Konsequenzen für den ehemaligen Geschäftsführer Oberhofer, wie die Unterschrift der ehemaligen Präsidentin auf den Kaufverträgen zu erklären ist und ob der eingetretene Schaden die Stadt Wien allein belastet. (sei)

Auch GR. Neunteufel (ÖVP) setzte sich ausführlich mit dem Kontrollamtsbericht über die Liegenschaftskäufe des Zuwandererfonds auseinander. Er sagte, die ÖVP habe dem Fonds immer die notwendige Bedeutung beigemessen, aber mit Besorgnis die ersten Berichte über die Unzukömmlichkeiten verfolgt und sofort eine Überprüfung gefordert. Das nun vorliegende Ergebnis zeige die Unfähigkeit der damaligen Geschäftsführung, die sinnlose Verschleuderung von Steuermitteln und die Ungesetzlichkeit einiger Vorgänge. Wenn es in diesem Zusammenhang die Opposition als ihre Aufgabe betrachte,

für Transparenz zu sorgen, so könne das nicht als Nörgelei bezeichnet werden: Es sei eine massive Kritik an unentschuldbaren Vorgängen.

Neunteufel setzte sich dann im Detail mit den Liegenschaftskäufen auseinander, die statutenwidrig ohne Beschluß des Vorstandes und zu stark überhöhten Preisen erfolgten. In einigen Fällen habe der Fonds bis zum Doppelten jenes Preises bezahlt, den der Letztbesitzer erst wenige Tage vorher bezahlt hatte. Die Rentabilitätsrechnungen, die angeblich von der damaligen Geschäftsführung vor den Käufen angestellt worden seien, hätten in keiner Weise der Realität entsprochen.

Aus dem Untersuchungsergebnis ergäben sich unter anderen folgende Schlußfolgerungen: Inkompetenz der Geschäftsführung für die Transaktionen; Schuld des Rathauses für die Auswahl der Angestellten des Fonds; Nichterreicherung des Zweckes der Ankäufe; Mißachtung mietrechtlicher Bestimmungen; Mangelhaftigkeit der Verwaltung usw. Die ÖVP nehme den Kontrollamtsbericht zur Kenntnis, schloß der Redner, erwarte aber vom Finanzstadtrat als Obmann des Zuwandererfonds wirkungsvolle Maßnahmen zur materiellen und ideellen Schadensgutmachung. (smo)

GR. Busta (SPÖ) wies den Vorwurf der Verschleierung im Zusammenhang mit Liegenschaftstransaktionen des Zuwandererfonds zurück. Schon im Februar 1975 sei auf Ersuchen von Stadtrat Mayr ein Prüfbericht vorgelegt worden. Nun liege ein umfangreicher Bericht des Kontrollamtes vor, bis August werden alle Bilanzen fertiggestellt sein. Wesentlich für die Beseitigung von Mißständen sei die Bestellung einer neuen Geschäftsführung gewesen.

Busta nahm dann zum Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx Stellung, um an diesem Beispiel zu demonstrieren, daß die Stadtverwaltung bereit ist, Konsequenzen aus vom Kontrollamt aufgezeigten Mißständen zu ziehen.

Schon aufgrund der mit 1. Jänner 1975 erfolgten Schaffung der MA 55 (Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx) und der damit eingetretenen Kompetenzvereinbarung sei es möglich geworden, insgesamt 83 Dienstposten einzusparen, was eine jährliche Ersparnis an Personalkosten in der Höhe von 16 Millionen S bedeutete. Im Dienstpostenplan 1976 seien weitere Einsparungen vorgenommen worden. Auch in der Betriebsabwicklung selbst wurden zahlreiche

Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen durchgeführt. (ger)

StR. Neusser (ÖVP) gab zu bedenken, daß die Bevölkerungszahl in Wien in den nächsten Jahren abnehmen werde. Für 1990 wird die Zahl der Einwohner mit 1,4 Millionen angegeben - ein Umstand, dem vorausplanend Rechnung getragen werden müßte. Im Gegensatz dazu werde die Zahl der Lehrlinge heuer 30.000 erreichen; die Stadtverwaltung habe sich nicht nur Sorgen um ihre Ausbildung, sondern auch um die späteren Arbeitsplätze zu machen.

In den letzten Jahren sei ein Sinken der Investitionen im Gesamtbudget festzustellen gewesen. Für 1975 waren hierfür nur 32,1 Prozent vorgesehen. Es sei jedoch notwendig, den Investitionsanteil zu erhöhen. Abschließend brachte StR. Neusser einen Antrag ein, den Investitionsanteil ab 1977 wieder anzuheben. (we)

1975 erfolgte ohne Zweifel der abrupteste wirtschaftliche Bruch seit 1945. Eine Voraussage, so zeigen auch die Wirtschaftsprognosen der damaligen Zeit, war fast nicht möglich. Daher halte er eine Differenz der Schätzung der Einnahmen zwischen Budget 1975 und Rechnungsabschluß von unter drei Prozent für eigentlich ein gutes Ergebnis, erklärte StR. Mayr (SPÖ) in seinem Schlußwort.

Auch die ÖVP war damals in Sorge, ob die Stadt Wien genügend Geld auf dem Kreditmarkt bekommen könne. Man war also verhalten, sich rechtzeitig um notwendige Geldmittel umzusehen. Im Interesse einer langfristigen guten Geschäftsverbindung bekannte sich Mayr zur Aufnahme der 100 Millionen DM-Anleihe.

Mayr kritisierte die Vorgangsweise von ÖVP-Abgeordneten im Parlament, die die Herausnahme gewisser Wiener Autobahnvorhaben aus dem Bundesstraßenbauprogramm forderten. Es sei nicht so wichtig, ob diese Autobahnen wirklich gebaut werden. Eine Herausnahme ohne entsprechendes Äquivalent wäre aber für Wien schädlich.

Die Inanspruchnahme von 15 Prozent aus den Wohnbauförderungsmitteln für die große Wohnungsverbesserung vermindert die Zahl der Neubauten. Dem steht ein Bedarf in Wien von achttausend bis neuntausend Wohnungen pro Jahr gegenüber. Ein weiterer Nachteil einer Umschichtung ist schwerwiegender. Der Anteil Wiens an den Wohnbauförderungsmitteln beträgt 27 Prozent, der Anteil an den Wohnungsverbesserungsmitteln jedoch 34 Prozent. Wien würde also durch eine Umschichtung innerhalb der Wohnbauförderungsmittel 7 Prozentpunkte verlieren. Das ist umso schwerwiegender, da Wiens Nachholbedarf größer als die zur Verfügung stehenden Mittel ist.

Mayr forderte die Opposition auf, zum Finanzausgleich eindeutig Stellung zu nehmen. Er habe nie die verbundene Steuerwirtschaft in Frage gestellt und er habe eindeutig erklärt, daß die Ballungsräume auch in Zukunft mehr in den gemeinsamen Steuertopf leisten werden als sie zurückbekommen. Eine weitere Umverteilung zugunsten der Kleingemeinden lehne er aber ab. Ein neuer Finanzausgleich müßte den Aufgaben der Städte gerecht werden. Abschließend bekannte sich Mayr zu einer bewußt antizyklisch durchgeführten Politik. Nun gilt es, die in der Rezession eingetretenen Belastungen abzubauen, um für einen eventuell kommenden Rückschlag wieder gerüstet zu sein.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß 1975 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Antrag der ÖVP, das Kontrollamt möge den Neubau des AKH und den Bauzustand der Wiener Brücken überprüfen, blieb mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ in der Minderheit. Ebenfalls mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ blieb ein ÖVP-Antrag über die Neuvorlage des Geldinventars in der Minderheit. Der ÖVP-Antrag, den Investitionsanteil im kommenden Budget zu erhöhen, wurde ebenso wie der SPÖ-Antrag, die steigenden Aufgaben Wiens mehr im Finanzausgleich zu berücksichtigen, einstimmig dem Finanzausschuß zur Beratung zugewiesen. Der Kontrollamtsbericht über den Zuwandererfonds wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. (sei)

#### Personal und allgemeine Verwaltung

Als Berichterstatter zum 1. Hauptstück des Rechnungsabschlusses - Personal und allgemeine Verwaltung - erklärte Stadtrat Heller (SPÖ), daß dank der günstigsten wirtschaftlichen Situation die für das Vorjahr gesteckten Ziele weitestgehend erreicht werden konnten. Die 56.000 Gemeindebediensteten haben die Aufgaben in den verschiedensten Verwaltungsbereichen optimal erfüllt. Dazu haben ein gutes Arbeitsklima und eine verständnisvolle Personalpolitik beigetragen. Die Verwaltung wurde in Blickrichtung auf ein "optimales Service für die Bürger" ausgebaut. Dazu zählt unter anderem der weitere Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung auf den vielfältigsten Gebieten. So wurde unter anderen die Neuorganisation der Wählerevidenz termingerecht abgeschlossen und die Berechnung und Überweisung der Wohnbeihilfen.

Wenn 1975 trotz ständiger Rationalisierung die Zahl der aktiven Bediensteten etwas angestiegen ist, so geht das auf die Ausweitung des Krankenpflegebetriebes. Von wenigen Bedienstetengruppen abgesehen, wie Rettungsärzte, Krankenpflegepersonal oder einige technische Dienste, ist es kein Problem mehr, freie Dienstposten zu besetzen. 28.000 Arbeitnehmer haben sich um Aufnahme in den Gemeindedienst beworben, 9.500 konnten aufgenommen werden. Auf dem Personalsektor konnten einige dienst- und besoldungsrechtliche Verbesserungen vorgenommen werden. Die Hauptbezüge wurden mit 1. Juli 1975 um 11,8 Prozent erhöht. Nach Ablauf des zweiten Besoldungsübereinkommens konnte nun ein Übereinkommen erzielt werden, das die Anhebung der Bezüge in zwei Etappen bis 1977 vorsieht. Auch die dritte Arbeitszeitverkürzung konnte reibungslos vorgenommen werden. Schließlich wurde ein langgehegter Wunsch der städtischen Bediensteten nach einem preiswerten Mittagessen erfüllt.

Insgesamt betrug der Personalaufwand 1975 9.277 Millionen Schilling, um 436,3 Millionen weniger als im Voranschlag vorgesehen. Das ist ein Anteil an den bereinigten Ausgaben von 30,9 Prozent und somit geringer als jener ähnlicher Gebietskörperschaften.

Aus der Tätigkeit auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung hob Heller die Fertigstellung einer Reihe von Landesgesetzen und Verordnungen hervor - wie das neue Buschenschankgesetz - und bezeichnete als besonderen Schwerpunkt die Novellierung der Bauordnung für Wien.

Einige bemerkenswerte Zahlen aus der allgemeinen Verwaltung: 1975 beurkundeten die Wiener Standesämter 9.562 Eheschließungen, 16.803 Geburten und 27.410 Sterbefälle. Der Rückgang der Zahl der Eheschließungen um 9,7 Prozent und der Geburten um 8,1 Prozent dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die geburtenschwachen Jahrgänge das heiratsfähige Alter erreichen und die Zahl der Gastarbeiter gesunken ist.

Sehr eingehend beschäftigte sich Heller mit der Situation des Sports in Wien: Für diesen Bereich wurden 188 Millionen S ausgegeben. Dazu kommt noch eine Reihe anderer Leistungen. Im abgelaufenen Jahr wurden zum Beispiel große Anstrengungen zur Ausweitung des Angebots zur körperlichen Aktivierung unternommen.

Wien verfügt über mehr als 1.700 Sportstätten, davon 100 Fußballplätze, 380 Turnsäle, neun Sporthallen etc. die entweder gratis oder zu einem minimalen Entgelt den Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Wien kann sich in dieser Hinsicht mit den Verhältnissen in allen anderen Großstädten Europas messen. Um die Menschen zur Benützung all dieser Anlagen zu animieren, werden die Aktionen ständig erweitert. Im Rahmen der Aktion "Sportplatz der offenen Tür" wurden 16 Sportanlagen mit 80 Sportlehrern und Trainern der Jugend zur Verfügung gestellt. Weitere Aktionen fanden großen Anklang: Eine Ruderaktion, das Talentturnen, die neuen Radsportaktionen etc. An der Wintersportaktion "Fahrt zum Schnee" beteiligten sich 5.380 Kinder, an den Jugendeislaufaktionen sogar 43.000 Jugendliche und Kinder. Ebenso erfreut sich die Kunststoff-Langlaufloipe großer Beliebtheit.

An direkter Sportförderung sind 67 Millionen gewährt worden. Damit konnten zwar nicht alle Wünsche erfüllt, aber zahlreiche Großveranstaltungen unterstützt werden, wie die Judo-Weltmeisterschaften. Heller kündigte an, daß 1977 die Eishockey-Weltmeisterschaften in Wien stattfinden werden.

Abschließend teilte StR. Heller mit, daß die beiden großen im Bau befindlichen Sportstätten - die Mehrzweckhalle in der Engerthstraße und das Sportzentrum West - spätestens im Frühjahr den endgültigen Betrieb aufnehmen werden. (smo)

GR. Arthold (ÖVP) stellte einen Vergleich zwischen den Budgetansätzen und dem Rechnungsabschluß an und kritisierte, daß im Bereich des Körpersports acht von elf Ansätzen verändert worden seien und von 87 Millionen S rund ein Viertel anders als ursprünglich vorgesehen verwendet worden sei. Fehlplanungen, Umplanungen, lange Bauzeiten und äußere Zwänge seien dafür verantwortlich gewesen. So sei bei der Hohen Warte aus einer Kreditbürgschaft von 15 Millionen eine Zahlungsverpflichtung von 43 Millionen geworden. Um das Problem Red Star-Platz habe man sich nicht rechtzeitig gekümmert.

Arthold kritisierte, daß der Gemeinderat beim Weststadion zwar die Verantwortung zu übernehmen, aber zum Beispiel keine Möglichkeit erhalten habe, in die jüngsten Umplanungen einzugreifen.

Der Landessportrat habe vor längerer Zeit den Beschluß gefaßt, ein Kuratorium zur Sportplatzverwaltung zu gründen, es sei jedoch nichts geschehen. Auch dem Verlangen des Kontrollamtsberichtes, die Sportanlagen der Gemeinde Wien in die Verwaltung der MA 51 zu übernehmen, sei nicht entsprochen worden. Arthold gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Kosten für die Verwaltung der Sportplätze bald die Hälfte des Sportbudgets beanspruchen werden.

Arthold kritisierte das Fehlen eines Instandsetzungskonzeptes für die Wiener Sportplätze, obwohl er bereits vor zwei Jahren einen entsprechenden Antrag eingebracht habe. 59 Prozent der Wiener Sportplätze seien nicht gewidmet, ein Antrag der ÖVP, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen, sei abgelehnt worden. 20 Prozent der Sportplätze, namentlich Firmensportplätze, seien gefährdet. Hier müsse rechtzeitig für Ersatzflächen gesorgt werden.

Das Aufgeben des Red-Star-Platzes und des Wacker-Platzes seien die größten "Antisporttaten" des Jahres 1975 gewesen. Auch das Problem der Schaffung einer Wiener Landessportschule sei nach wie vor nicht geklärt. Der Plan, sie im Zusammenhang mit dem Weststadion einzurichten, sei fallengelassen worden. Der jetzt diskutierte Standort auf der Donauinsel bedeute ein Verschieben der Realisierung um mindestens 15 Jahre. Dringend sei vor allem eine Ausbildungsstätte für Trainer und Funktionäre. Wegen des Mangels an Trainern und Funktionären nehme die Jugend das Sportplatzangebot nicht voll in Anspruch. Arthold regte an, vom Nulltarif in den Turnsälen wieder abzugehen, um eine bessere Ausnutzung zu gewährleisten.

Die Sportplatzabsiedlungen der letzten Zeit seien mitverantwortlich für den Rückgang der Zahl der Sportvereine. (ger)

Der nächste Debattenredner, GR. Hirsch (SPÖ), erklärte, daß von den 780.000 in Wien beschäftigten Personen 56.000 Gemeindebedienstete sind. Das sei ein Anteil von 7,2 Prozent. Gemeindebedienstete würden gewöhnlich so charakterisiert, daß sie viel

Geld verdienen, aber wenig Leistung erbringen. Das ist nicht nur böswillig, sondern auch unrichtig, vielmehr müsse bedacht werden, daß die Dienstleistungen dieser Menschen erst das Leben in der Stadt möglich machen.

Die Verkehrsbetriebe würden nicht nur wegen ihrer Tarifpolitik kritisiert, sondern auch wegen ihrer Dienstleistungen. Dazu sei zu sagen, daß vom falschen Verhalten einzelner nicht auf die große Masse jener Angestellten geschlossen werden dürfe, die ihren Dienst ordentlich und korrekt versehen. Abschließend dankte GR. Hirsch allen Gemeindebediensteten für ihren Einsatz im Dienste der Öffentlichkeit. (we)

Bereits im Juli 1974 wurde vom neuen Rechenzentrum gesprochen, bis heute ist aber nichts geschehen, kritisierte GR. Köch1 (ÖVP). Der ÖVP-Vorschlag, einen Wettbewerb für die bestmögliche Nutzung des Areals auszuschreiben, wurde abgelehnt. Köchl forderte ein Bundesdatenschutzgesetz, da erst dann ein möglichst großer Schutz des Bürgers gewährleistet ist. Für die Datenverarbeitung sind die herkömmlichen Formen des Personaleinsatzes nicht zielführend. Verstärkte und bessere Schulung und eine flexiblere Besoldung sind zu überlegen. Alle Aufträge sollten öffentlich ausgeschrieben werden. (sei)

GR. Seeböck (SPÖ) trat der Behauptung entgegen, daß in Wien zu wenig Sportförderung für die Jugend gemacht werde. Die Vielzahl der speziellen Jugendsportaktionen, die vom Sportamt in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendreferat, dem Wiener Jugendkreis und zahlreichen Fachverbänden durchgeführt werden, beweisen das Gegenteil: So haben rund 129.000 Kinder und Jugendliche die 20 von der MA 51 verwalteten Jugendsportplätze benützt, 310.000 Jugendliche haben sich auf den weiteren 45 offenen Spielplätzen sportlich betätigt. An der Fahrt zum Schnee haben mehr als 5.000 Kinder teilgenommen, und die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" wurde auf Anregung von Bürgermeister Gratz auf alle Jugendlichen im Alter von 6 bis 19 Jahren ausgedehnt. Im Rahmen dieser Aktion wurde das beliebte Jugend-Fußballturnier durchgeführt. Besonders hohe Beteiligung erreichen auch die Kinder- und Jugendeislaufaktionen. Es wurde ein spezieller Mutter-und-Kind-Kurs eingeführt. Bei den Talent-Leistungsschwimmen wurden bereits zahlreiche Schwimm-



talente entdeckt und den Vereinen zur Betreuung anvertraut. Auch das Talent-Turnen findet großen Anklang. Ähnliche Aktionen werden nach Fertigstellung des Hallenstadions auf dem Gebiet des Radsports und der Leichtathletik gestartet werden. (smo)

Stadtrat Heller deutete in seinem Schlußwort den Umstand, daß in der Debatte fast ausschließlich über Probleme des Sports gesprochen wurde, als Zeichen dafür, daß alle anderen Bereiche der Geschäftsgruppe I positiv beurteilt werden. Heller bestätigte, daß die baulichen Investitionen für die beiden Großbauvorhaben nicht so rasch, wie es wünschenswert wäre, erfolgten, doch habe die Stadt Wien auch in anderen Bereichen sehr wichtige Investitionen vorzunehmen. Im Sportzentrum West werde in wenigen Tagen eine erste Testveranstaltung stattfinden, in der Mehrzweckhalle in der Engerthstraße werde der Betrieb Anfang 1977 beginnen, die offizielle Eröffnung werde mit der Radweltmeisterschaft im Juli 1977 erfolgen.

Man habe darauf verzichtet, im Sportzentrum West auch noch eine Landessportschule unterzubringen, um Kollisionen zu verhindern. Im Rahmen dieses Sportzentrums werde ein Bezirkszentrum für den Breitensport errichtet. Die Planungen seien im Gange, ein entsprechender Antrag auf Projektsänderung werde dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Frage der Erhaltung und Instandsetzung von Sportanlagen sei keine Frage des Konzeptes, sondern der Finanzierung. Auch Vereine und Verbände, die Sportanlagen gemietet haben, müßten im übrigen gewisse Leistungen erbringen.

Der Wacker-Platz sei seit Jahrzehnten als Bauland gewidmet gewesen, die Möglichkeit einer Umwidmung habe nicht bestanden, Verhandlungen mit den Eigentümern seien an den exorbitant hohen finanziellen Forderungen gescheitert. Seit vielen Jahren sei auch der Plan, unter dem Gelände des Red-Star-Platzes eine Tiefgarage zu errichten, bekannt gewesen. Mit der Errichtung eines Parkes auf diesem Gelände werde einem einstimmigen Wunsch der Bezirksvertretung Rechnung getragen. Der Sportverein Red Star habe auf dem renovierten Sportplatz in der Kendlerstraße eine neue adäquate Heimstätte erhalten. Im übrigen seien der 15. und 16. Be-

zirk mit Sportplätzen relativ gut versorgt. Das Hauptproblem bei der Trainer- und Funktionärsausbildung liege nicht im Mangel an Geld oder Ausbildungsstätten, sondern im Zeitmangel der potentiellen Trainer und Funktionäre. Der Ruf nach Einführung des Bildungsurlaubes müsse auch unter diesem Aspekt gesehen werden.

Heller erklärte, daß er mit dem Präsidenten des Stadtschulrates Gespräche geführt habe, um zu gewährleisten, daß den Vereinen die Turnsäle in den Abendstunden zur Verfügung stehen, obwohl die Ausnützung der Turnsäle durch die Ausweitung des Turnunterrichts in den Schulen stärker geworden ist.

Die Verhandlungen über ein geeignetes Amtshaus für die EDV-Anlagen stünden vor dem Abschluß. Die Planungen hätten deshalb länger gedauert, weil man angesichts der hohen Kosten um Einsparungen bemüht gewesen sei.

Abstimmung: Das erste Hauptstück des Rechnungsabschlusses wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ger)

#### Kultur - Jugend - Bildung

Den Rechnungsabschluß der Geschäftsgruppe III leitete Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) mit Zahlen über die verstärkte Bautätigkeit im Bereich der Kindertagesheime ein. Während 1975 26 neue Gruppen geschaffen werden konnten, werden es im heurigen Jahr 59 sein. Ab September 1977 wird die Stadtverwaltung in der Lage sein, jedem Kind ein Jahr vor Eintritt in die Schule einen Kindergartenplatz -und damit eine entsprechende Vorschulziehung - anbieten können.

Besondere Hilfe benötigen Kinder mit Behinderungen und Kinder aus gestörten Familien. Durch quantitative und qualitative Verbesserung der Heime konnte die Hilfe durch die öffentliche Hand verstärkt werden. Dringend gebraucht werde aber die Hilfe der Medien, um die Öffentlichkeit über die Bedürfnisse und Probleme dieser jungen Menschen besser informieren zu können.

Im Arbeitsbereich der Schulverwaltung wurden 1975 insgesamt 2,6 Milliarden aufgewendet. Damit konnte nicht nur die Errichtung von 25 Pflichtschulen fortgesetzt werden, es wurden auch die Voraussetzungen für die planmäßige Fortsetzung der Schulversuche geschaffen. Den Wünschen der Eltern entsprechend, wurde die Zahl der Ganztagschulen weiter erhöht.

Den weiteren Ausbau des berufsbildenden Schulwesens illustriert die Schaffung von 680 Plätzen in neuerbauten Wohnheimen. Der Erwachsenenbildung dient ein Netz von Stützpunkten; die Subvention für diesen Zweck wurde seit 1966 um 540 Prozent erhöht.

An Jugendzentren stehen derzeit 14 in Betrieb, 14 weitere sind im Bau- oder Planungsstadium. Der Betreuermangel wird demnächst überwunden sein. Die Subventionen für Jugendzentren stiegen von 6,3 Millionen im Jahr 1970 auf 18,6 Millionen im Jahr 1975, die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich von 20 auf 90.

Als eines der gelungensten Beispiele für gute Freizeiterziehung bezeichnete die Vizebürgermeisterin das Ferienspiel. Untersuchungen über die Freizeitgewohnheiten zeigen deutlich, daß kein Anlaß zum Kulturpessimismus besteht. Noch nie war die kulturelle Teilnahme der Bevölkerung größer als heute, noch nie war der Buchbesitz so verbreitet, noch nie die Möglichkeit so groß, Musik nach Belieben in höchster Vollkommenheit zu genießen. Allein für die kulturelle Jugenderziehung wurden 1975 92,6 Millionen Schilling aufgewendet, heuer werden 108,4 Millionen zur Verfügung stehen - das entspricht einer Steigerung seit 1970 von 184 Prozent.

Im internationalen Jahr der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes hat Wien einen Höhepunkt seiner Leistungen auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Auf 200 Baustellen wurde gearbeitet, vom Gemeinderat wurden 53 Schutzzonen beschlossen, bereitgestellt waren insgesamt 65 Millionen.

Für den Wiener Fremdenverkehr war 1975 ein gutes Jahr. Insgesamt fanden 337 Tagungen, davon 220 internationale, mit einer Gesamtzahl von 131.000 Teilnehmern statt. (we)

Die rund zwölf Prozent Anteil am Gesamtbudget für Kultur, Jugend und Bildung sind zu gering. Dieser bescheidene Anteil ist aber nach dem vorliegenden Rechnungsabschluß weiter gesunken. Die Gesamtausgaben blieben absolut um 230 Millionen oder 5,5 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1975 zurück, erklärte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ).

Es ist falsch, den ohnehin mager dotierten Bereich weiter zu kürzen. So sieht die kommunalwissenschaftliche Literatur allein für den kulturellen Bereich einen Anteil am Gesamtbudget von zehn Prozent für ausreichend an. Der Bereich Kultur, Jugend und Bildung weist als einziger Minderausgaben aus, dagegen haben alle anderen Ressorts Mehrausgaben.

Nach Bauer war der Sommermarkt am Rathausplatz ein geschmackloses Kirtagstreiben. Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner hätte als Kultur- und Jugendstadtrat aufschreien müssen: kulturell war der Markt ein Fehlgriff und außerdem konnte wegen des Marktes der Kinderspielplatz auf dem Rathausplatz nicht benützt werden. (sei)

Mehr Transparenz und mehr Systematik bei der Vergabe von Kultursubventionen verlangte GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) und kritisierte anschließend die bisherige Form der Wiener Festwochen, die zur Routine erstarrt seien und kein eigenes Gesicht zeigten. Im Zusammenhang mit der Vorstellung des neuen Festwochen-Intendanten Gerhard Freund brachte die Rednerin eine Anfrage ein: Wann werde endlich die für Herbst 1975 angekündigte Enquete über eine Neugestaltung der Festwochen stattfinden und Koordinationsgespräche mit dem Bund, hauptsächlich über Finanzierungsfragen begonnen. Um den Bestand der sogenannten Arena zu sichern, sollte man sich überdies rechtzeitig um eine geeignete Spielstätte bemühen. Die ÖVP - sagte die Rednerin - sei bereit, am Bemühen um neue Impulse und neue Inhalte der Festwochen mitzuwirken.

Dem Rechnungsabschluß sei zu entnehmen, daß die städtischen Büchereien mehr Leser haben und daß die Anzahl der entliehenen Bücher gestiegen sei. Dem Lesebedürfnis werde aber besonders in den Zweigstellen am Stadtrand nicht entsprochen. Die Bibliotheken sind oft wochenlang gesperrt, weil sie offenbar unterbesetzt sind. Es sei daher unverständlich, daß ein ÖVP-Antrag auf Zulagen für die Bibliothekare abgelehnt wurde.

Um das kulturelle Defizit zu beseitigen, bedürfe es neuer Kultur-Animateure. Im Gebäude der ehemaligen Polizeidirektion am Parkring könnte daher eine Kunstpädagogische Akademie untergebracht werden, ein diesbezüglicher VP-Vorschlag sei jedoch abgelehnt worden. Sie stellte eine diesbezügliche Anfrage.

Abschließend reklamierte die Rednerin die Einführung des Null-Tarifs in den Wiener Kindertagesheimen. Dieser Vorschlag sei sogar vom ÖGB-Frauenkongreß befürwortet worden. (smo)

Kulturdebatte

GR. Schneider (ÖVP) stellte fest, daß sich die Lage im Wiener Fremdenverkehr 1974 wesentlich verschlechtert habe und auch 1975 nicht besser geworden sei. Im Fremdenverkehrsjahr 1975 sei gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 0,1 Prozent festzustellen; im Kalenderjahr 1975 sei zwar ein minimaler Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, jedoch ein deutlicher Abfall gegenüber dem gesamtösterreichischen Anstieg zu verzeichnen. Auf Grund früherer Zuwachsprognosen sei das Bettenangebot in den letzten Jahren um ein Drittel erhöht worden, während die Auslastung um ein Viertel zurückgegangen sei, wobei die Hotels der Kategorie C und D wesentlich schwerer betroffen worden seien als die Spitzenhotels.

Vor einem Jahr habe der Fremdenverkehrsverband ein Fremdenverkehrskonzept vorgelegt, das allgemeine Zustimmung gefunden habe. Zahlreiche darin vorgesehene Maßnahmen - Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs, attraktivitätssteigernde Maßnahmen u.a. - seien jedoch bislang nicht verwirklicht worden.

Schneider begrüßte die Bildung einer Unterkommission im Finanzausschuß, die sich mit einer Vereinfachung des Vergnügungssteuersystems beschäftigt. Er kritisierte dagegen, daß der Getränkesteuernkredit ersatzlos auslaufen soll. Schneider wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich in Wien bei der Führung eines gastronomischen Betriebes ergeben. Die gastronomischen Betriebe der Stadt Wien seien selbst ein Beispiel dafür. Schneider regte an, zu überprüfen, ob einzelne gemeindeeigene Betriebe zweckmäßigerweise abgegeben oder verpachtet werden sollten. Bezüglich der Pachtbedingungen sollte grundsätzlich überlegt werden, die aufwendige und schwer zu kontrollierende Umsatzpacht durch Fixpachtverträge oder Lokalmieten zu ersetzen.

Schneider würdigte die Verdienste der Stadt Wien und der Kammer bei der Errichtung von modernen Schulen für den Fremdenverkehr.

Heuer seien Anzeichen für einen Aufschwung im Wiener Fremdenverkehr festzustellen. Dies sollte Ansporn für gezielte Aktionen zur Förderung des Fremdenverkehrs sein. Letztlich kämen die meisten fremdenverkehrsfördernden Maßnahmen ja in erster Linie der Bevölkerung selbst zugute. (ger)

Im Hinblick auf die Tätigkeit des Jugendamtes berichtete GR. Hanke (SPÖ), daß alle fortschrittlichen Möglichkeiten voll ausgenutzt werden. Zielvorstellungen, die 1971 von der Heimkommission erarbeitet wurden, sind bereits verwirklicht. Großer Wert wurde auf die Verkleinerung der Gruppen gelegt. Sie beträgt in Heimen für Säuglinge 8 bis 12, bei Schulkindern 8 bis 15 und bei Jugendlichen 16 Teilnehmer.

Erfolgreich angelaufen ist die telefonische Erziehungsberatung, die 1975 in 773 Fällen in Anspruch genommen wurde. Sie stellt eine Ergänzung der persönlichen Erziehungsberatung dar.

Die Info-Center konnten in 3.467 Fällen Rat und Hilfe leisten.

Neu ist eine Aktion des Lehrlingsheimes Leopoldau, in deren Rahmen Jugendliche in ihren Wohnungen betreut werden.

In den Genuß der städtischen Erholungsaktion für gesundheitsgefährdete Kinder kamen 1975 mehr als 18.000 Wiener Jugendliche. (we)

Wiens reiches Freizeitangebot hilft soziale Krankheiten wie Passivität und Frustration abzubauen, erklärte GR. Ascherl (SPÖ). In Wien wird der Zugang zur Kultur demokratisiert. Als Beispiele führte Ascherl das Markttheater, den Kulturmarkt, die Aktion "In Strauß und Bogen", die Weihnachtsausstellung in der Volkshalle, die verstärkte Betreuung der Außenbezirke, die gute Besucherfrequenz in den Ausstellungen und die steigenden Ausleihungen in den städtischen Büchereien an.

Die Pressekritiken zu den Wiener Festwochen 1975 und 1976 zeigen nicht das Bild von in Routine erstarrten Festwochen. Die Arena muß erhalten bleiben, der Spielplatz in St. Marx war aber von Haus aus als Provisorium gedacht. Nun ist ein neuer Platz zu finden. Im Gegensatz zur Bilanz der gesamten Geschäftsgruppe hat der kulturelle Sektor keine Minderausgaben. Einschließlich des Konjunkturausgleichsbudgets verbesserte sich die Bilanz von vorgesehenen 516,5 Millionen auf tatsächliche 530,3 Millionen. Bei Ausstellungen, Musikpflege, Büchereien, Museen, Denkmalpflege wurde nicht gespart. Die Wissenschaftsförderung erreichte einen Höchstbetrag und für die Künstler und Autoren wurde mit der Alten Schmiede im Jahre 1975 eine neue Wirkungsstätte geschaffen. (sei)

Im Schlußwort erklärte Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner, daß einem Spiel mit Prozentzahlen, wie es in der Debatte geschehen ist, wenig Aussagekraft zukomme. Wenn man nämlich einige Posten im Rechnungsabschluß richtig berücksichtige, wie etwa 248 Millionen für Lehrergehälter, wurden die Kulturausgaben nicht unterschritten, sondern überschritten. Zur Frage der Subventions-Transparenz sei zu sagen, daß die Subventionsansuchen genau geprüft würden, auch die Kassengebarung der Ansucher. Durch ausführliche Beilagen zu den Akten werde versucht, die Subventionsgewährung transparent zu machen. Die gute Zusammenarbeit mit dem Kontrollamt in dieser Hinsicht habe einige Millionen eingespart und die Begehrlichkeit mancher Bewerber eingeschränkt.

Zum Thema Festwochen: Es sei ein erfreulicher Zustand, daß Inhalt und Form der Festwochen nun ein beliebtes Diskussionsobjekt geworden sei. Nur die Wünsche sind sehr divergierend, so daß es vorerst schwierig sei, eine Entscheidung zu treffen. Es gäbe die extremsten Meinungen, von der gänzlichen Abschaffung bis zu Festwochen, die das ganze Jahr dauern. Tatsächlich seien die Festwochen ein Bestandteil des Wiener Kulturprogramms und erfüllen die wichtige Aufgabe der Information auch über das Neue, der Pflege des Wertvollen, sowie Denkanstöße für alle zu geben. Was die Büchereien am Stadtrand betrifft, so weite sich deren Wirkung ständig aus. Es werden auch die Bücherbusse eingesetzt, und nunmehr komme die neue Institution der Buchzusendung von der Hauptbücherei zum Tragen. Bei den Kindergärten konnte in Wien bereits eine Bedarfsdeckung von 67 Prozent erreicht werden, während andere Bundesländer bei 30 Prozent liegen und noch einen weiten Weg zurückzulegen haben.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung wurde unterbrochen. Sie wird am Dienstag um 9 Uhr mit den Kapiteln 4, 5, 6 und 7 fortgesetzt werden. (smo)

Ende des Sitzungsberichtes.

- - -

28. juni 1976

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1405

k u l t u r :

=====

arena-geschehen soll ausgebaut werden

9 wien, 28.6. (rk) zu den verschiedenen stellungnahmen der letzten tage ueber die arena im schlachthof st. marx erklaerte vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r montag gegenueber der ''rathaus-korrespondenz'', dieses starke interesse an der arena bestaerke sie in ihrem vorhaben, das arena-geschehen in wien auszubauen. alle interessenten sollten aber dabei bedenken, dass der erfolg der arena vom dort praesentierten inhalt und nicht von der oertlichen verpackung abhaengig sei. die arena sei im museum des 20. jahrhunderts ein erfolg gewesen, sie sei es dann im schlachthof st. marx gewesen und es sei daher sehr wahrscheinlich, dass sie bei gleichbleibendem niveau des inhalts auch an einem anderen ort an diese erfolge anknuepfen koennen werde.

(may)

1418